Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3073**

15. Wahlperiode 05. 05. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Hermann Gröhe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2574 –

Eine neue Politik für Afrika südlich der Sahara – Afrika fordern und fördern

A. Problem

Der afrikanische Kontinent sieht sich großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber, die erhebliche Auswirkungen auch auf Deutschland und Europa haben können. Das Bild Afrikas südlich der Sahara wird durch negative Meldungen und Berichte bestimmt, die politische und wirtschaftliche Instabilität, wachsende Armut bei zunehmendem Bevölkerungswachstum, die Ausbreitung von HIV/Aids und ihre sozialen Folgen, ökologische Probleme, Naturkatastrophen, gewaltsame Konflikte und Korruption in den Vordergrund rücken. Zugleich sind jedoch auch positive Entwicklungen festzustellen, die Anlass zur Hoffnung geben. Die Zivilgesellschaft entwickelt zunehmendes Selbstbewusstsein und schafft sich ihre eigenen Strukturen, in Politik und Gesellschaft wächst die Anerkennung und Bereitschaft zur Übernahme eigener Verantwortung für die Zukunft. Afrikanische Regierungen akzeptieren in zunehmendem Maße demokratische Strukturen, eine stärkere politische Teilhabe der Bevölkerung, die Grundsätze der „guten Regierungsführung“ und erkennen die Bedeutung der Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie einer Liberalisierung der Wirtschaft nach innen und außen. Die gewaltigen Rohstoffreserven und Naturschätze des Kontinents können die Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung werden.

Es liegt im Interesse deutscher und europäischer Politik, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Länder einschließlich des Aufbaus eines soliden Mittelstands zu fördern, gegen Zonen der Instabilität und Ordnungslosigkeit vorzugehen, den Schutz der Umwelt und der Artenvielfalt des Kontinents zu fördern, Migrationsströme einzudämmen und eigene außenwirtschaftliche Interessen zu unterstützen.

Der vorliegende Antrag fordert vor diesem Hintergrund insbesondere eine verstärkte Kohärenz der deutschen und europäischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gegenüber der Region, die Festlegung sachgerechter Prioritäten, die den Zusammenhang zwischen Armutsbekämpfung und wirtschaftlicher Entwicklung berücksichtigt, eine intensivere Koordinierung unter den internationalen Gebern und eine angemessene Abstimmung von Zielen und Ressourcen. Dabei sollen u. a. die von Staatszerfall und Instabilität in Afrika

ausgehenden Sicherheitsrisiken, die Notwendigkeit der Integration des Kontinents in die Weltwirtschaft und die relative Schwäche der afrikanischen Nationalstaaten gegenüber anderen Ebenen lokalen und regionalen Handelns berücksichtigt und eine enge Abstimmung der deutschen Politik im europäischen Rahmen angestrebt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die deutsche Afrika-Politik entsprechend auszurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 15/2574 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2004

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühe Vorsitzender	**Hans Büttner (Ingolstadt)** Berichterstatter	**Anke Eymer (Lübeck)** Berichterstatterin
	Marianne Tritz Berichterstatterin	**Dr. Rainer Stinner** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans Büttner (Ingolstadt), Anke Eymer (Lübeck), Marianne Tritz und Dr. Rainer Stinner

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 15/2574 in seiner 94. Sitzung am 4. März 2004 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, an den Verteidigungsausschuss, an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 28. April 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. April 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 24. März 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 28. April 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 28. April 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 5. Mai 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Berlin, den 5. Mai 2004

Hans Büttner (Ingolstadt)
Berichterstatter

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatterin

Marianne Tritz
Berichterstatterin

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333